

Große Anfrage

der Abgeordneten Uwe Hixsch, Achim Großmann, Otto Reschke, Hans Berger, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Dr. Marliese Dobberthien, Petra Ernstberger, Gabriele Fograscher, Norbert Formanski, Iris Gleicke, Rolf Hempelmann, Monika Heubaum, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Lothar Ibrügger, Gabriele Iwersen, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Winfried Mante, Heide Mattischeck, Herbert Meißner, Angelika Mertens, Siegmund Mosdorf, Michael Müller (Düsseldorf), Christian Müller (Zittau), Adolf Ostertag, Albrecht Papenroth, Georg Pfannenstein, Hermann Rappe (Hildesheim), Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Walter Schöler, Ottmar Schreiner, Volkmar Schultz (Köln), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Jella Teuchner, Wolfgang Thierse, Wolfgang Weiermann, Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Zukunft der Bauwirtschaft

Die Situation der deutschen Bauwirtschaft hat sich seit Mitte letzten Jahres dramatisch verschlechtert. Die Unternehmensinsolvenzen im Baubereich haben 1995 einen traurigen Rekord sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern erreicht. Die Arbeitslosigkeit im Baubereich liegt ebenfalls auf Rekordniveau.

Aufgrund eines dramatischen Auftragseinbruchs rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute, die Verbände der Bauwirtschaft, die Gewerkschaften und die Bundesregierung mit einer weiteren Verschärfung der Lage im Bausektor.

Neben der rasanten Abschwächung der Baukonjunktur hat das Tempo des Strukturwandels in der Bauwirtschaft, das sich in den letzten Jahren massiv erhöhte, zur Krise in der Baubranche beigetragen. Dies gilt insbesondere für den zunehmenden Einsatz von Niedriglohnkolonnen aus dem europäischen Ausland. Die Folgen sind in Form von Beschäftigtenabbau, einem gewaltigen Anstieg der Insolvenzen sowie der damit einhergehenden Ausdünnung von mittelständischen Bauunternehmen immer mehr zu erkennen.

Weil die Höhe der Lohnkosten in der arbeitsintensiven Bauwirtschaft eine zentrale Kostengröße darstellt, sind faire Wettbewerbsbedingungen eine entscheidende Voraussetzung für den

Erhalt der Marktchancen kleiner und mittlerer Betriebe. Zur Sicherung der Bauwirtschaft ist zugleich eine Kombination von Nachfrage- und aktiver Angebotspolitik notwendig. Eine solche zukunftsgerichtete Branchenpolitik erfordert neben den notwendigen konjunkturellen auch eine Reihe von strukturellen Maßnahmen. Hierbei geht es insbesondere um eine Verknüpfung von Innovation und Qualifizierung in der Bauwirtschaft. Die stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange ist für jede zukunftsorientierte Branchenpolitik eine wesentliche Voraussetzung. Für die Bauwirtschaft bedeutet dies beispielsweise den verstärkten Einsatz neuer, recyclefähiger Werkstoffe und eine möglichst kosten- und flächensparende Bauweise.

Die öffentlichen Auftraggeber dürfen sich in der geschilderten schwierigen Situation nicht aus ihrer baupolitischen Verantwortung verabschieden. Um mehr Kontinuität in der Bauwirtschaft zu erreichen, brauchen wir eine Verstetigung der öffentlichen Aufträge und eine Weiterentwicklung der öffentlichen Budgetpolitik zu langfristiger Planbarkeit. Dies betrifft vor allem die Bereitstellung investiver Mittel in den Bundes- und Länderhaushalten, im sozialen Wohnungsbau sowie die Investitionszuweisungen der Länder an die Kommunen, die eine entscheidende Auswirkung auf die kommunale Bautätigkeit haben. Der enorme Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen aufgrund der äußerst angespannten Situation der öffentlichen Haushalte ist für die dramatisch verschlechterte Lage der deutschen Bauwirtschaft mitverantwortlich.

Aufgrund der herausragenden Bedeutung der Bauwirtschaft für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung und die Situation am Arbeitsmarkt, aber auch für die Wohnraumversorgung und mittelbar für das Mietpreisniveau in Deutschland ist es zwingend notwendig, eine umfassende Bestandsaufnahme der Lage und der Zukunftsaussichten der deutschen Bauwirtschaft vorzunehmen. Diese muß sich zudem auf jene Bereiche erstrecken, die jetzt und in Zukunft positive oder negative Effekte auf Produktion, Investitionen und Beschäftigung im Bausektor haben. Mit Hilfe dieser Bestandsaufnahme soll die Grundlage für ein politisches Handlungskonzept geschaffen werden, das dazu beiträgt, die Zukunft der deutschen Bauwirtschaft zu sichern und ihren unverzichtbaren Beitrag für neue Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung zu mobilisieren.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

I. Bauwirtschaft und Arbeitsmarkt

1. Wie hat sich die wirtschaftliche Lage der deutschen Bauindustrie und des deutschen Bauhauptgewerbes in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die zukünftige Entwicklung dieser beiden Bereiche?
2. Wie hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Bauindustrie und dem Bauhauptgewerbe in den vergangenen fünf

Jahren auf Struktur und Anzahl der Arbeitsplätze im Bau-
sektor ausgewirkt?

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die
kommenden Jahre?

3. Welche Auswirkungen haben die Beschäftigungsstruktur und die Anzahl der Arbeitnehmer in Bauindustrie und Bauhauptgewerbe auf die Anzahl der Beschäftigten im Bauneben-
gewerbe und in sonstigen Beschäftigungsfeldern?
4. Wie hat sich die Zahl der Betriebe in der Bauwirtschaft in den
vergangenen fünf Jahren entwickelt, und welche unter-
schiedlichen Entwicklungstendenzen lassen sich bezüglich
kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen beob-
achten?
5. Sieht die Bundesregierung in der deutschen und europäischen
Bauwirtschaft Tendenzen von Konzentrationserscheinungen,
und welche Auswirkungen haben diese Konzentrations-
erscheinungen gegebenenfalls auf Struktur und Anzahl der
Arbeitsplätze in der deutschen Bauindustrie?
6. Welche Konzepte entwickelt die Bundesregierung, um abseh-
baren Konzentrationserscheinungen entgegenzuwirken und
die Existenzgrundlage der überwiegend mittelständisch ge-
prägten deutschen Bauwirtschaft und die dort vorhandenen
Arbeitsplätze zu sichern?
7. Welche Auswirkungen hat die derzeitige Haushaltslage von
Bund, Ländern und Gemeinden auf Konjunktur und Be-
schäftigung im Baugewerbe, und welche Konzepte entwickelt
die Bundesregierung, um die Investitionstätigkeit der kom-
munalen Gebietskörperschaften, die drei Viertel aller öffent-
lichen Investitionen tätigen, zu steigern und damit Arbeits-
plätze in der Bauwirtschaft zu sichern?
8. Welche Standortprobleme sieht die Bundesregierung für die
deutsche Bauwirtschaft im Vergleich zu der Bauwirtschaft in
anderen europäischen Ländern, und welche Konzepte ent-
wickelt die Bundesregierung gegebenenfalls, um diesen Pro-
blemen entgegenzutreten?
9. Wie haben sich die Kosten und die Preise für die deutsche
Bauwirtschaft im Vergleich zu den Kosten in den europäischen
Nachbarstaaten, sowohl der EU-Länder als auch der Staaten
Mittelosteuropas, entwickelt?
10. Sieht die Bundesregierung für die deutsche Bauwirtschaft
Wettbewerbsnachteile aufgrund unterschiedlicher Sozial- und
Umweltstandards in Europa, und auf welche Weise können
solche Nachteile nach Auffassung der Bundesregierung
beseitigt werden?
11. Wie reagiert die Bundesregierung auf die weiterhin be-
stehende Tatsache, daß im Bereich der Bauwirtschaft erheb-
liche Probleme durch Lohndumping entstehen, die insbe-
sondere zu einer Verdrängung von einheimischen Bau-
arbeitern führen können, und welche Maßnahmen hält die

Bundesregierung für geeignet, um diesem Problem entgegenzutreten?

12. Welche Zahlen bezüglich der aus den EU-Staaten entsandten bzw. als „self-employed“ arbeitenden Arbeitskräfte auf heimischen Baustellen liegen der Bundesregierung vor, und welche Auswirkungen haben diese Zahlen für die in der deutschen Bauwirtschaft beschäftigten einheimischen Arbeitnehmer?
13. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die Wanderung von Arbeitnehmern und die Dienstleistungsfreiheit in Europa für die Arbeitnehmer sozialverträglich zu gestalten?
14. Wie hat sich die Zahl der Werkverträge mit Unternehmen aus den mittelosteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) in der deutschen Bauwirtschaft seit 1990 entwickelt, und auf welche Staaten konzentrieren sich die Werkverträge?
15. Inwieweit wurden im Umfeld der Werkverträge illegale Arbeitnehmer aus MOE-Staaten beschäftigt, wie viele Bußgeldverfahren sind bekannt, und welche Konsequenzen hat diese Beschäftigung für einheimische und legal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer im Bausektor?
16. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Auswirkungen der Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 26. Juli 1994 vor?
17. Wie viele Arbeitnehmer sind nach Kenntnis der Bundesregierung illegal im Bausektor beschäftigt?

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die illegale Beschäftigung insbesondere in den neuen Bundesländern zu unterbinden?

Wie hoch sind die Beiträge, die den Sozialversicherungsträgern durch illegale Beschäftigung am Bau entgehen?
18. Wie reagiert die Bundesregierung auf den Tatbestand, daß im Zeitraum Dezember 1995 bis Februar 1996 284 000 Arbeitnehmer aus dem Bauhauptgewerbe in die Arbeitslosigkeit entlassen worden sind und damit mit der Streichung des Schlechtwettergeldes trotz einer tarifvertraglichen Ersatzlösung eine neue Winterarbeitslosigkeit eingetreten ist?
19. Wie hoch ist die daraus resultierende Mehrbelastung der Bundesanstalt für Arbeit gegenüber der bis zum 31. Dezember 1995 gültig gewesenen Schlechtwettergeld-Regelung, und wie hoch sind die daraus resultierenden Steuerausfälle und Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungsbeiträgen?
20. Wird die Bundesregierung vor diesem Hintergrund das Arbeitsförderungsgesetz nachbessern, wenn sich zeigt, daß tarifvertragliche Lösungen den Wegfall des Schlechtwettergeldes auf Dauer nicht ausgleichen können?

II. Bauwirtschaft und Wohnungsbau

1. Welche Konzepte entwickelt die Bundesregierung im Rahmen staatlicher Wohnungspolitik, um den Erkenntnissen der Studien zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahre 2010 gerecht zu werden?
2. Teilt die Bundesregierung die Aussagen der Studien – beispielsweise die der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung –, daß es insbesondere in den Ballungsgebieten einen erheblichen Anstieg der Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt geben wird, der sich in erster Linie auf das preiswerte Marktsegment erstreckt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesen Aussagen?
3. Welche Konzepte entwickelt die Bundesregierung, um den absehbaren Veränderungen in der Alterspyramide und der Struktur der Haushalte (Alleinerziehende, Singles, Anteil und Größe der Familienhaushalte) auch im Rahmen des Wohnungsbaues gerecht zu werden?
4. Wie rechtfertigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung ihr Vorhaben, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den kommenden Jahren kontinuierlich zu reduzieren?
5. Welche Auswirkungen hat die Förderung des sozialen Wohnungsbaues auf die Baukonjunktur und die Anzahl der Beschäftigten im Bausektor?
6. Welche privaten Investitionen in den Wohnungsbau lösen die staatlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau aus, und wie wird sich der beabsichtigte Rückzug des Bundes aus der Wohnungsbauförderung auf die Bereitschaft privater Investoren zum Engagement im Wohnungsbau hinsichtlich der
 - a) Beschäftigten,
 - b) fertiggestellten Wohneinheiten,
 - c) Anstoßwirkungen für Investitionen und Arbeitsplätze im Bausektor und in baunahen Bereichenauswirken?
7. Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung angesichts der „kritischen konjunkturellen und strukturellen Lage der Baubranche“ (Ergebnis des Branchengesprächs des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit der Bauwirtschaft am 17. April 1996) und des nach wie vor existierenden Mangels an preiswertem Wohnraum, insbesondere in den Ballungsgebieten, bei der zukünftigen Gestaltung der degressiven Abschreibungssätze für den Mietwohnungsbau?
8. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob die Absenkung des degressiven Abschreibungssatzes für den Mietwohnungsbau auf fünf Prozent in den ersten vier Jahren ursächlich zusammenhängt mit dem starken Rückgang im

Geschoßwohnungsbau, oder sind ihr andere Ursachen bekannt?

9. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Steuerrecht (und in der staatlichen Förderpraxis), mit deren Hilfe
 - a) der Wohnungsbau auf hohem Niveau verstetigt,
 - b) die preiswerte und flächensparende Erstellung von Wohneinheiten ermöglicht,
 - c) weitere Insolvenzen im Bauhaupt- und -nebengewerbe verhindert,
 - d) Arbeitsplätze im Bausektor und im Baunebensektor geschaffen und erhalten werden?
10. Welche Konzepte verfolgt die Bundesregierung, um den zukünftigen Wohnungsbedarf durch ein stärkeres Engagement beim Wohnungsbestand, eine vordringliche Nutzung vorhandener Baulandreserven und eine nachträgliche Verdichtung zu decken und damit dem Flächenverbrauch und der Suburbanisierung entgegenzutreten?
11. Welche Auswirkungen haben solche Konzepte
 - a) auf Struktur und Anzahl der im Bausektor beschäftigten Arbeitnehmer gegenüber dem vorrangigen Engagement im Wohnungsneubau,
 - b) für den Flächenverbrauch im Vergleich zum Flächenverbrauch beim Neubau von alleinstehenden Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Geschoßwohnungen,
 - c) auf die ökologischen (zunehmende Mobilität der „Natur suchenden“ Bewohner, Reduzierung städtischer Grünflächen) und sozialen (Zunahme der Bevölkerungsdichte, Tendenz zur Verkleinerung von Wohnungen, Verlust von neugeplanten freien Spielräumen für Kinder) Folgen für die Ballungsgebiete und deren Bewohner?

III. Bauwirtschaft und ökologisch-technische Innovation

1. Sieht die Bundesregierung in der „ökologischen Modernisierung“ ein Zukunftsfeld für Investitionen und Beschäftigung in der Bauwirtschaft?

Welche Konzepte verfolgt die Bundesregierung gegebenenfalls, um innovativen Techniken im Bauablauf, in der Vorfertigung und in der Bauplanung zum Durchbruch zu verhelfen?
2. Welche Auswirkungen haben entsprechende Techniken auf Struktur und Anzahl der im Bausektor beschäftigten Arbeitnehmer?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um mit Hilfe innovativer Techniken im Bausektor die Erstellungskosten für Wohngebäude zu senken, und inwieweit konnten diese Möglichkeiten bislang in die Praxis umgesetzt werden?
4. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur ökologischen Belastung des Bodens, des Wassers und der Luft durch her-

kömmliche Bauprodukte, und welche Konzepte verfolgt die Bundesregierung, um die Entwicklung und die Verwendung ökologisch unbedenklicher Baustoffe (Holz und sonstige Stoffe mit positiver Ökobilanz) zu forcieren?

Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag, die Verwendung ökologisch verträglicher Baustoffe finanziell besonders zu fördern?

5. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit und die Möglichkeit, den Gebäudebestand nachträglich mit dem Ziel einer umweltgerechten und nachhaltigen Entwicklung zu sanieren, und welche Erfahrungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls mit entsprechenden Vorhaben gemacht?

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die im Eigenheimzulagengesetz erstmals eingeführte Öko-Komponente weiterentwickelt und auch in geeigneter Form auf den Geschößwohnungsbau übertragen werden sollte?

Wieviel Prozent der Bauanträge im Rahmen des genannten Gesetzes nehmen die Öko-Komponente in Anspruch?

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mittel- oder langfristig auf umweltschädliche Produkte im Baubereich aufgrund des Vorhandenseins alternativer Materialien grundsätzlich verzichtet werden kann, und wie will die Bundesregierung diesen Prozeß gegebenenfalls forcieren?

Wird sie ökologisch problematische Baustoffe verbieten?

8. Welche Fortschritte sind in den vergangenen (fünf?) Jahren bei der Forschung zum Baustoffrecycling gemacht worden, und auf welche Weise sind entsprechende Forschungsergebnisse in die Praxis umgesetzt worden?

9. Welche Auswirkungen hat die Verwendung von Baustoffen mit positiver Ökobilanz auf die Entwicklung der Fertigstellungskosten im Wohnungsbau?

Welche Konzepte entwickelt die Bundesregierung gegebenenfalls, um hohe Fertigungskosten, die derzeit aufgrund geringer Fertigungsmengen zustande kommen, zur flächendeckenden Durchsetzung ökologischen Bauens zu senken?

10. Welche Mittel hat die Bundesregierung zur Entwicklung ökologischer Baustoffe in den vergangenen zehn Jahren zur Verfügung gestellt, und in welchem Ausmaß sind daraus resultierende Forschungsergebnisse in die Praxis umgesetzt worden?

11. Welche rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um ökologische Bauweisen gezielt zu fördern?

Plant die Bundesregierung, über die Wärmeschutzverordnung hinaus Normvorschriften für ökologisches Bauen zu erlassen?

Bonn, den 19. November 1996

Uwe Hiks
Achim Großmann
Otto Reschke
Hans Berger
Ursula Burchardt
Hans Martin Bury
Dr. Marliese Dobberthien
Petra Ernstberger
Gabriele Fograscher
Norbert Formanski
Iris Gleicke
Rolf Hempelmann
Monika Heubaum
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Lothar Ibrügger
Gabriele Iwersen
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Walter Kolbow
Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Heide Mattischeck
Herbert Meißner

Angelika Mertens
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Christian Müller (Zittau)
Adolf Ostertag
Albrecht Papenroth
Georg Pfannenstein
Hermann Rappe (Hildesheim)
Siegfried Scheffler
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Walter Schöler
Ottmar Schreiner
Volkmar Schultz (Köln)
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Wolfgang Weiermann
Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion